

sehen Demokratischen Republik an alle Ostsee-Anliegerstaaten am 2. September 1957 den Appell, durch Abschluß von Vereinbarungen zur Förderung der friedlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Verkehrs und der Kultur sowie durch die Abgabe von Nichtangriffsverpflichtungen zur Sicherung des Friedens im Ostseeraum beizutragen. Die Deutsche Demokratische Republik erstrebt Maßnahmen wie den Abschluß zwei- und mehrseitiger Abkommen der Ostsee-Anliegerstaaten über gemeinsame Interessen - insbesondere auf den Gebieten der hydrografischen, ozeanografischen und fischbiologischen Forschung in der Ostsee sowie auf dem Gebiet des Wetterdienstes und des Seenotdienstes. Die Deutsche Demokratische Republik setzt sich ferner für die Erweiterung des Fährschiffverkehrs Trälleborg-Saßnitz, für die Errichtung einer direkten Luftverkehrslinie Berlin-Helsinki sowie für den Ausbau der Beziehungen auf dem Gebiet der Kultur und des Sports ein. Der Außenhandel mit den kapitalistischen Ländern hat sich in vieler Hinsicht positiv entwickelt. Das Handelsvolumen ist in den letzten Jahren um etwa 20 Prozent angestiegen. Der Warenaustausch konnte stabilisiert werden. So wuchsen die Exporte der Deutschen Demokratischen Republik nach Frankreich im Jahre 1957 um 50 Prozent und nach Österreich um 30 Prozent. Audi mit Finnland ist der Außenhandel von Jahr zu Jahr gewachsen. Die Beteiligung der Deutschen Demokratischen Republik mit Kollektivausstellungen an internationalen Messen in Paris, Stockholm, Wien und Mailand und die hohen Leistungen unserer Produktion tragen dazu bei, den Außenhandel mit den kapitalistischen Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ständig zu verbessern und zu erhöhen.

Mit der weiteren politischen und ökonomischen Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates und der Hebung seiner internationalen Autorität wächst in zahlreichen kapitalistischen Staaten die Erkenntnis, daß die Deutsche Demokratische Republik ein wichtiger Friedensfaktor in Europa ist und daher der Ausbau der Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik der Sache des Friedens in Europa dient und den Lebensinteressen der friedliebenden Völker entspricht. Die Politik der Bonner Regierung, sich dieser Entwicklung durch Druck und Erpressung entgegenzustemmen, ist auf die Dauer zum Scheitern verurteilt.